

Weltvertrag für Natur: Einigung beim Schutz der Biodiversität!

Am 28. Februar 2025 einigten sich internationale Staaten auf einen Weltnaturvertrag, um 30% der Ökosysteme bis 2030 zu schützen.



Vienna, Österreich - Die UNO hat einen entscheidenden Schritt zur Rettung der Artenvielfalt unternommen. Nach intensiven Verhandlungen in Montreal einigten sich über 190 Staaten auf einen Finanzierungsplan, um bis 2030 mindestens 30 Prozent der weltweiten Land- und Meeresflächen zu schützen. Um diesem Ziel Nahe zu kommen, haben die Industrieländer sich verpflichtet, jährlich 20 Milliarden Dollar, bis 2030 sogar 30 Milliarden Dollar für den Erhalt der Biodiversität bereitzustellen. Diese Einigung kam kurz vor Ablauf einer Frist und wurde mit großem Applaus gefeiert, nachdem eine frühere Konferenz in Kolumbien gescheitert war, weil viele Delegierte der ärmeren Länder zuvor abgereist waren, berichtet **vienna.at**.

Parallel dazu hat die Schweiz ein historisches Wirtschaftshilfspaket im Umfang von 42 Milliarden Franken angekündigt, um Unternehmen in der schwierigen Zeit der Corona-Pandemie zu unterstützen. Rund 20 Milliarden dieses Pakets sind für Bürgschaften vorgesehen, um Unternehmern den Zugang zu Krediten zu erleichtern. Innerhalb der ersten acht Tage nach der Ankündigung wurden bereits über 70.000 Kredite mit einem geschätzten Gesamtvolumen von mehr als 14 Milliarden Franken abgeschlossen. Finanzminister Ueli Maurer und andere Landesvertreter betonten die Notwendigkeit dieser raschen Unterstützung, um die Wirtschaft stabil zu halten. Dies umfasst auch systemrelevante Firmen ausländischer Eigentümer, was zu einem breiten parlamentarischen Applaus führte, wie [swissinfo.ch](https://www.swissinfo.ch) berichtet.

Die Herausforderungen der Unterstützung

Dennoch erntet das Hilfspaket auch kritische Stimmen. Politiker fordern, dass staatliche Beihilfen an Bedingungen geknüpft werden sollten, die auch der Bevölkerung zugutekommen, wie etwa Maßnahmen zur CO₂-Reduktion in der Luftfahrtindustrie. Zudem wird die Notwendigkeit betont, dass ausländische Muttergesellschaften ebenfalls in die Verantwortung genommen werden müssen, um sicherzustellen, dass Hilfen nicht ins Ausland abfließen. Während die Mehrheit der politischen Kräfte hinter dem Hilfspaket steht, bringt die Sozialdemokratische Partei zusätzliche Bedingungen ins Spiel, um Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern und übermäßige Bonuszahlungen zu verhindern.

Zusammenfassend zeigt sich, dass sowohl der Schutz der Biodiversität als auch die Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität komplexe Herausforderungen sind, die internationale Zusammenarbeit und nationale Entschlossenheit erfordern.

Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • www.swissinfo.ch

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at